

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An die Partei. Kundgebung zur politischen Lage.

Unter dem Zwang der Verhältnisse hat die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer sich dem Ultimatum der Entente unterworfen. Damit ist die größte Gefahr zunächst gebannt, jedoch noch nicht beseitigt. Jetzt kommt es auf die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen an.

Soweit dabei die wirtschaftlichen Leistungen in Betracht kommen, muß ernstes, ehrliches Wollen unverkennbar sein. Für die Kriegesentschädigungen kann sich das deutsche Volk bei den alldeutschen Kriegstreibern aller Schattierungen bedanken. Die Projekte der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes sind deshalb rückstuflos für die Zahlungen an die Entente-Mächte heranzuziehen.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher darf nicht länger von reaktionären Kriegsverbrechern selbst oder deren politischen Zuhältern sabotiert werden.

Die Entwaflnung ist nach den übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Der Widerstand der bayerischen Regier. Regierung ist zu brechen.

Das deutsche Proletariat muß sich bereit machen und bereit halten, seine ganze geschlossene Macht einzusetzen für das ehrliche Bemühen Deutschlands, die wirtschaftlichen Entente-Bedingungen zu erfüllen und für die reiflos durchführbare Entwaflnung und Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Das deutsche Proletariat darf sich nicht auf die Regierung oder auf die Regierungsparteien verlassen. Denn die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer ist eine kapitalistisch-rechtssozialistische Regierung.

Wie kam es überhaupt zu dieser Regierung?

Die rein kapitalistische Regierung Fehrenbach-Simons war in dem Augenblick gestürzt, wo sie sich der Entscheidung darüber nicht mehr entziehen konnte, die Verantwortung für die Politik ihrer Klassen zu übernehmen. Die kapitalistischen Parteien brachten keine neue Regierung aus ihren Reihen zustande.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten nicht den Mut, das Ultimatum der Entente, das die Folge ihrer eigenen verbrecherischen Kriegspolitik ist, zu unterzeichnen, in der Hoffnung, daß andre Parteien ihnen diese undankbare Aufgabe abnehmen würden. Das Zentrum und die Demokraten schwankten zwischen Annahme und Ablehnung hin und her.

Der gesamte Block der kapitalistischen Parteien erwies sich als unfähig, eine neue Regierung zu bilden, weder eine Regierung für, noch eine gegen das Ultimatum der Entente. Alle diese Parteien mußten, daß Deutschland den Gewaltmaßnahmen der Entente nicht mit militärischen Mitteln begegnen kann, aber alle fürchteten das Odium der Unterzeichnung.

In dieser Situation mußte die Sozialdemokratie den Block der kapitalistischen Parteien vor die Alternative stellen, anzunehmen oder abzutreten und dem sozialistischen Proletariat die Regierungsbildung zu überlassen.

Statt dessen ließ sich die rechtssozialistische Partei bewegen, gemeinsam mit Zentrum und Demokraten eine Koalitionsregierung zu bilden.

Die Rechtssozialisten wandten sich an die Unabhängige Sozialdemokratie mit der Frage, ob sie bereit wäre, mit ihnen und mit dem Zentrum in eine Regierung einzutreten.

Die unabhängigen Sozialdemokraten mußten ihre Beteiligung an einer kapitalistisch-sozialistischen Regierung aus grundsätzlichen und praktischen Gründen ablehnen.

Eine kapitalistisch-sozialistische Regierung kann nicht im Sinne des Sozialismus wirken. Die Kapitalisten haben sich innerhalb einer solchen Regierung noch immer durchgesetzt, weil sie, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Sozialisten daran hindern, sich die nötigen Machtpositionen zu schaffen. Die Kapitalisten dulden die Sozialisten allenfalls in der Regierung, um Teile des Proletariats zu verwirren, zu täuschen, vom Wege des Klassenkampfes abzudrängen und so das gesamte Proletariat zu zerpfücken, zu demoralisieren und zu beherrschen. Nie werden sich Kapitalisten mit Sozialisten vereinigen, um sich mit Hilfe von Sozialisten selbst zu besetzen. Zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus gibt es kein Pattieren, sondern nur ein Siegen oder Unterliegen. Wer auch nur Teile des Proletariats durch eine Koalition mit kapitalistischen Parteien bindet, stürzt den Kapitalismus und

hemmt die Fortführung der sozialen Revolution. Das hatte auch das Zentrum klar genug erkannt, so daß es eine Ausnahme von unabhängigen Sozialdemokraten von vornherein rundweg ablehnte. Den Rechtssozialisten konnte diese Stellung des Zentrums nicht unbekannt geblieben sein, weshalb sich ihr Antrag an die unabhängigen Sozialdemokraten nur als ein parteitaktisches Agitationsmanöver darstellte.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beschränkte sich nicht auf die Ablehnung der Teilhaberschaft an der rechtssozialistischen Koalitionspolitik, sie nahm darüber hinaus positive Stellung zur gegebenen Situation und machte den Rechtssozialisten den konkreten Gegenvorschlag:

Wir sind zur Beteiligung an einem rein sozialistischen Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Ueber Hinzuziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie der IFA und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit, zu beraten.

Auf diesen Gegenvorschlag haben die Rechtssozialisten keine Antwort gegeben! Statt mit ihren Klassengenossen eine geschlossene Front des Proletariats zu schaffen, bildeten sie mit kapitalistischen Parteien — Zentrum und Demokraten — eine neue Koalitionsregierung.

Die Rechtssozialisten brachten diesmal wieder, wie im Juni 1920, nicht den Mut auf, zu einer rein sozialistischen Regierung, unter Heranziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der IFA und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen. Die Rechtssozialisten verpassten abermals in einer Situation, wo der Zusammenbruch der kapitalistischen Politik sich offenbart hatte.

Was bedeutete der Vorschlag der Unabhängigen Sozialdemokraten?

Eine rein sozialistische Regierung, die sich auf die 10 bis 12 Millionen Männer und Frauen in den sozialistischen Parteien, in dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in der IFA und in den auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen stützt, hat so festen Grund unter den Füßen, wie keine andre Regierung in Deutschland. Mit raschen, entschlossenen und wirksamen Maßnahmen im Sinne des Sozialismus wird sie sehr schnell das gesamte Proletariat für sich gewinnen. Dann wird sie sich gegen die kapitalistischen Parteien kämpfend durchzusetzen vermögen, und das Proletariat wird sich den Besitz der Macht sichern zur Verwirklichung des Sozialismus.

Diese Möglichkeit ist durch die Taktik der Rechtssozialisten wiederum vereitelt. Das Resultat ist eine Regierung, in der die Rechtssozialisten in hoffnungsloser Minderheit sind und in der der kapitalistische Einfluß noch weiter verstärkt werden soll. Das Zentrum wäre ohne die Demokraten nicht in die Regierung gegangen. Die Demokraten wollten nicht ohne die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintreten. Die Deutsche Volkspartei wollte wiederum nicht vor der Annahme der Entente-Bedingungen in die Regierung eintreten. So fand man den Ausweg einer halbfertigen Regierung, die nach der Annahme der Entente-Bedingungen durch Vertreter der Deutschen Volkspartei vervollständigt werden sollte. Zentrum und Demokraten werden denn auch mit aller Leidenschaft um die Deutsche Volkspartei. Und die Streifenmänner wollen mehr als gern. Nach dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung werden die Rechtssozialisten entweder völlig bedeutungslos werden oder wieder ihr Bündel schnüren müssen.

Daß solch ein raffiniertes Spiel mit den Lebensinteressen des Proletariats überhaupt gespielt werden konnte, dafür sind die Rechtssozialisten in erster Linie verantwortlich.

Frankreich liegt auf der Lauer, um beim ersten Stöcken in der Erfüllung der Verpflichtungen seine Soldaten marschieren zu lassen. Im Osten ist die Kriegesgefahr nicht minder drohend.

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Führung übernommen, um die Ja-Regierung zu stützen.

Diesem Treiben darf das Proletariat nicht latentlos zusehen. Das Proletariat erwartet jedoch nicht nur die lokale Erfüllung der Ententebedingungen, es fordert endlich auch die Einlösung

sämtlicher Versprechungen, es fordert die Verwirklichung wirksamer Maßnahmen gegen die Verelendung, es fordert die Befestigung und Erweiterung politischer Rechte.

Dringende Maßnahmen

Sind zunächst folgende nötig:

1. Direkte und weitgehende Heranziehung der Gewinne der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes für die finanziellen Leistungen an die Ententemächte.
2. Reiflose Durchführung der Entwaflnung. Aburteilung der Kriegsverbrecher.
3. Mannschafteinsatz für alle nach dem Friedensvertrag zulässigen bewaffneten Formationen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bestellung politisch zuverlässiger Führer.
4. Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.
5. Erlass einer Amnestie für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen verübt worden sind. Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Gebieteilen Deutschlands. Beteiligung der Sondergerichte.
6. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues, der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.
7. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung von Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
8. Sicherung der Lebensmittelversorgung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwunders.
9. Umfassende soziale Fürsorge insbesondere für Arbeitslose, Witwen, Waisen, Rentner und Kriegesbeschädigte. Beschaffung von Arbeit, besonders durch Herstellung von Wohnungen. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
10. Verstaatlichung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

Dem Chauvinismus, der Schürung des Völkereifers, der Kriegesgehe muß das Proletariat seine Forderungen nach Frieden und Arbeit, nach Erweiterung und Sicherung seiner wirtschaftlichen Rechte entgegenstellen. Hier handelt es sich um Forderungen, die von allen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen vertreten werden müssen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen wollen.

Die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer hat sich außerstande erklärt, mit einem Programm vor den Reichstag zu treten. Nun, hier ist ein Programm. Beschneiden genug und sofort durchführbar. Mindestforderungen, auf die das Proletariat nicht länger verzichten darf.

Wieder haben die kapitalistischen Parteien die Rechtssozialisten zur Verhinderung des kapitalistischen Bankrotts zu benutzen vermocht. Aber auch dieser Versuch, das Leben des Kapitalismus zu verlängern, wird scheitern, weil der Kapitalismus seine historische Aufgabe erfüllt hat, weil er vom Sozialismus abgelöst werden muß, damit die Menschheit endlich zu Frieden, Wohlfahrt und Glück gelangt.

Bald wird erneut die Frage zu beantworten sein: rein kapitalistische Regierung oder rein sozialistische Regierung. Kein kapitalistische Regierung bedeutet: Krieg, Gewalttaten, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Hunger, Not und Tod.

Eine rein kapitalistische Regierung gegen die Interessen des Proletariats, das heißt gegen die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft.

Dem Proletariat bleibt keine Wahl: es muß seine Geschichte entschlossen selbst in die Hand nehmen.

Kein Bruderkrieg mehr im Interesse politischer Wirkköpfe und bolschewistischer Abenteuerer! Keine Preisgabe des Erstgeburtserbes der sozialistischen Revolution für das Vinsengericht des national-sozialistischen Reformismus!

Und nun: schafft Klarheit über die Situation in allen Kreisen des Proletariats, propagiert die hier aufgeschriebenen Forderungen und helfst uns bei der Bildung der geschlossenen Front des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf.

Berlin, den 13. Mai 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.